



## Die Militarisierung des Zivilen

### Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit

von Jens Kany

Am 25.01.2012 hat die Bundesregierung die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms ‚Forschung für die zivile Sicherheit‘ bis 2017 beschlossen. Die Fortführung des Programms gibt Anlass, zurückzublicken und die bisherige Entwicklung der ersten Phase zu analysieren. Dies geschieht in drei Schritten. (1) Zunächst wird der europäische Rahmen des Programms abgesteckt. Das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ist als Erweiterung und Vertiefung des *European Security Research Programme* (ESRP) gedacht, welches von der EU-Kommission angestoßen wurde. Mit Bezug auf die hervorragende Studie *Arming Big Brother* von Ben Hayes wird aufgezeigt, dass es bei diesem Programm nicht um die (Sicherheits-) Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas geht, sondern allein um das Profitinteresse der Rüstungskonzerne. (2) In einem zweiten Schritt wird das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* des BMBF genauer untersucht. Der Einfluss der Rüstungsindustrie bei Planung und Durchführung des Programms und der Einfluss des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS stechen ins Auge. An welchen Forschungsprojekten sind Rüstungskonzerne beteiligt, an welchen wehrforschende Institute der Fraunhofer-Gesellschaft? (3) Abschließend wird die Rolle der Universitäten im Rahmenprogramm des BMBF unter die Lupe genommen. Unter dem *Regime des akademischen Kapitalismus* sind Universitäten verstärktem Wettbewerb ausgesetzt. Sinkende staatliche Grundfinanzierung führt zum Kampf um Drittmittel und zur Erschließung neuer Einnahmequellen. Forschungsprogramme wie das für die zivile Sicherheit erfüllen unter diesem Regime den Zweck, staatliche Gelder gezielt und zweckgebunden zu verteilen.

Auf diese Weise können politisch gewollte Forschungslinien verstärkt und politisch ungewollte reduziert werden. Unter einem solchen Regime werden Universitäten zunehmend in militärisch relevante Forschung hineingetrieben.

## Einleitung

Am 25.01.2012 hat die Bundesregierung die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms ‚Forschung für die zivile Sicherheit‘ bis 2017 beschlossen. Ziel ist es, „die zivile Sicherheitsforschung in Deutschland als eigenständiges Forschungsgebiet mit einer gut vernetzten Akteurslandschaft“ (BMBF 2012: 6) zu etablieren, um den „freiheitlichen Lebensstil“ der westlichen Welt zu schützen (ebd.: 3). Die „längerfristig ausgerichtete flexible Förderpolitik“ (ebd.: 6) soll dabei vor allem „industriegeführt sein“ (ebd.: 24).

Die Fortführung des Programms gibt Anlass, zurückzublicken und die „erreichten Erfolge“ der ersten Phase des Forschungsprogramms zu analysieren (ebd.: 6). Um was geht es? Was ist der Kern des Forschungsprogramms? Welche Interessen sind maßgeblich? Die nähere Betrachtung zeigt, dass das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ein Musterbeispiel für die zunehmende *Militarisierung* ziviler Bereiche der Gesellschaft ist. Rüstungskonzerne und Verteidigungsministerium ziehen im Hintergrund die Fäden, während nach Außen hin die Fassade des Zivilen aufrechterhalten wird.

Nun ist Militärforschung in Deutschland nichts Neues. Neu ist aber, dass diese vom Bundesministerium für Bildung und For-

schung (BMBF) finanziert wird und auf diese Weise auch zivile Forschungseinrichtungen, wie Universitäten, verstärkt einen Beitrag zur wehrtechnischen Forschung leisten können. Gerade für Universitäten bietet das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ein Schlupfloch, Militärforschung trotz *Zivilklausel* zu betreiben. Die Kooperation mit Rüstungskonzernen, Verteidigungsministerium und Wehrforschung betreibenden Institutionen ist kein Tabu mehr – es geht schließlich um *zivile Sicherheit*.

## I European Security Research Programme (ESRP)

Dem *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* der Bundesrepublik ging ein entsprechendes Forschungsprogramm auf EU-Ebene voraus. Hayes (2006) zeichnet in seiner hervorragenden Studie *Arming Big Brother* die Hintergründe der europäischen Sicherheitsforschung nach und macht insbesondere auf den Einfluss der Rüstungsindustrie aufmerksam. Es tritt deutlich zutage, dass es hier nicht um die (Sicherheits-)Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas geht, sondern allein um das Profitinteresse der Rüstungskonzerne. Die nationale Sicherheit geht einher mit humanitärer Unsicherheit (vgl. Hayes 2006: 39).

2001 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Vertrag von Nizza auf eine gemeinsame *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Im gleichen Jahr noch wurde die *European Advisory Group on Aerospace* gegründet, um einen Prüfbericht zu erstellen, welcher der gemeinsamen Sicherheitspolitik zugrunde liegen soll. Diese Gruppe bestand aus fünf EU-Kommissaren, zwei EU-Parlamentariern, dem damaligen *Hohen Vertreter* der EU für die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP), Javier Solana, und sieben Industriellen der Rüstungsindustrie (vgl. Hayes 2006: 9f.). Letztgenannte sind: Jean-Paul Béchat (SNECMA), Manfred Bischoff (EADS), Sir Richard Evans (BAE Systems), Jean-Luc Lagardère (EADS), Alberto Lina (Finmeccanica), Denis Ranque (THALES) und Sir Ralph Robins (Rolls-Royce). Der Prüfbericht der Expertengruppe wurde 2002 unter dem Titel *Strategic Aerospace Review for the 21st century* (STAR 21) veröffentlicht. Erklärtes Ziel des Berichts war eine „Europäische Rüstungspolitik, welche eine Struktur für europäische Märkte für Rüstungsgüter und Sicherheitsausrüstungen bietet und eine nachhaltige und wettbewerbsfähige technologische und industrielle Basis ermöglicht“ (zitiert nach Hayes 2006: 10). Auf der Grundlage des STAR-21-Reports entwickelte die EU-Kommission 2003 Gedanken über ein europäisches Sicherheitsforschungsprogramm. Um dies zu verwirklichen wurde, am EU-Parlament und an den nationalen Parlamenten vorbei, eine „Group of Personalities“ (GoP) als weitergehendes Expertengremium berufen (vgl. Hayes 2006: 11ff.). *Tabelle 1* gibt einen Überblick über die Mitgliedsorganisationen und -personen. Neben der *Crème de la crème* der europäischen Rüstungsunternehmen findet man auch Vertreter zweier Verteidigungsministerien, der NATO, der ESA und der Western European Armaments Organisation (WEAO) unter den „Experten“ wieder.

Diese von militärischen Interessen dominierte Expertengruppe gab im März 2004 ihren Abschlussbericht, *Forschung für ein sicheres Europa (Research for a Secure Europe)*, heraus. Wenige Monate später, im September 2004 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Pläne für die zukünftige europäische Sicherheitsforschung (*Security Research: The Next Steps*), in welchen nun hochoffiziell die Vorschläge der Expertengruppe zur EU-Politik erklärt werden. Diese militaristische Ausrichtung der EU wurde noch im selben Jahr im *Vertrag über eine Verfassung für Europa* verankert. Dort heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (CIG 87/04, S. 46). Die-

Organisation	Mitglied
<b>Europäische Kommission</b>	
Generaldirektion Forschung und Innovation	Philippe Busquin (BE)
Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien	Erkki Liikanen (FI)
<b>Privatunternehmen</b>	
EADS	Rainer Hertrich (GE)
BAE Systems	Mike Turner (UK)
Thales	Denis Ranque (FR)
FINMECCANICA	Pier F. Guaguaglini
Ericsson	Eric Lowenadler (SW)
INDRA	Javier Monzon (SP)
Siemens	Claus Weyrich (GE)
Diehl	Thomas Diehl (FR)
<b>Forschungsinstitutionen</b>	
Niederländische Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung (TNO)	Jan Dekker (NL)
Foundation pour la Recherche Strategiques (FRS)	François Heisbourg (FR)
RAND Corporation	Carl Bildt (SW)
Verteidigungsministerium Griechenlands	Ilias Pentazos (GR)
Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa (ISCTE)	Maria J. Rodrigues (POR)
Pasteur Institute	Philippe Kourilsky (FR)
Verteidigungsministerium Belgiens	Marc Vankersbilck (BE)
<b>Mitglieder des Europäischen Parlaments</b>	
Christdemokraten	Karl Von Wogau (Ger)
Sozialdemokraten	Eryl Mc Nally (UK)
Christdemokraten	Christian Rovsing (DK)
Freidemokraten	Elly Plooij van Gorsel (NL)
<b>Beobachter</b>	
EU-Rat	Javier Solana (SP)
EU-Kommission	Chris Patten (UK)
EU-Kommission	Pascal Lamy (FR)
Western European Armaments Organisation (WEAO)	Ernst van Hoek (NL)
Organisation conjointe de coopération en matière d'armement (OCCAR)	Klaus von Sperber (GE)
ESA	Jean-Jacques Dordain (FR)
NATO	George Robertson (UK)
<b>Berichterstatter</b>	
EU Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS)	Burkard Schmitt (GE)

**Tabelle 1:** Organisationen und Mitglieder der „group of personalities“; Quelle: Hayes 2006: 14f.

selbe Formulierung wurde 2007 in den *Vertrag von Lissabon* übernommen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, S. 34). Die Militarisierung der Wissenschaft ist ein wesentliches Moment der Lissabon-Strategie, deren erklärtes Ziel es ist, die EU zum wettbewerbsfähigsten, *wissensbasierten* Wirtschaftsraum der Welt zu machen (vgl. Pflüger 2008).

Der Empfehlung der Expertengruppe folgend, wurde 2005 ein Beirat für Europäische Sicherheitsforschung (*European Security Research Advisory Board*, ESRAB) eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, „die strategischen Vorgaben für Europäische Sicherheitsforschung und Empfehlungen zu den Prinzipien und Mechanismen für deren Umsetzung im Rahmen des 7. EU-Rahmenprogramms



für Forschung und technologische Entwicklung (FP7) zu entwickeln (ESRAB 2006: 6). In der Mitgliederliste des ESRAB finden wir wieder die üblichen Verdächtigen: BAE Systems, EADS, THALES, FINMECCANICA, Diehl Systems, usw. (vgl. *Tabelle 2*).

Das ESRAB wurde im September 2007 durch das *European Security Research and Innovation Forum* (ESRIF) abgelöst. „Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre ‚Lösungen‘ anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt“ (Marischka 2008: 9). Den Vorsitz dieses informellen und beratenden Gremiums führte der ehemalige EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung Gijs de Vries; stellvertretende Vorsitzende waren BKA-Vizepräsident Jürgen Stock und Giancarlo Grasso von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica. Unter dem Einfluss europäischer Rüstungskonzerne wurde so ein europäisches Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit mit einem jährlichen Budget von 1 Mrd. € etabliert. Dieses dient in erster Linie nicht, wie man meinen könnte, der zivilen Sicherheit, sondern eröffnet zunächst einmal der Rüstungsindustrie einen neuen, gigantischen Absatzmarkt. Um die Profitraten der Rüstungskonzerne in die Höhe schnellen zu lassen, sollen die ‚Waffen‘ zunehmend auf die *eigene Bevölkerung* gerichtet werden - potentielle Terroristen lauern schließlich überall.

Gerade die Bundesregierung, als politischer Arm der größten nationalen Rüstungsindustrie Europas, hat ein Interesse daran, den Rüstungsmarkt am Laufen zu halten. Es ist daher kein Wunder, dass dieser das europäische Forschungsprogramm nicht ausreicht und durch ein nationales Forschungsprogramm ergänzt wird.

## 2 Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit

Man könnte meinen, dass mit dem Rückgang der Ausgaben des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) für Wehrforschung seit Anfang der 1990er Jahre ein Rückgang der bundesdeutschen Rüstungsforschung einhergeht (vgl. Anhang). Dem ist nicht so. Die Wehrforschung wird nur zunehmend mit anderen Mitteln durchgeführt. Es lässt sich eine *Militarisierung* der deutschen Forschungslandschaft beobachten, eine zunehmende Vereinnahmung ziviler Forschungssphären durch die Interessen der Rüstungsindustrie. Um eine solche Vereinnahmung handelt es sich beim Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit, welches aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird. Obgleich es dem Namen nach um „zivile Sicherheit“ geht, und der Auftraggeber ein „zivils“ Ministerium ist, handelt es sich doch um ein Lobbyprojekt der deutschen Rüstungsindustrie.

### 2.1 Militaristischer Hintergrund

Bundesministerin Annette Schavan erklärte hierzu in einer Rede anlässlich der Konferenz *Future Security* am 04. Juli 2006 in Karlsruhe: „Sicherheitsforschung im bisherigen Verständnis konzentrierte sich auf militärische Anwendungsbereiche. Die Herausforderung der Zukunft liegt jedoch mehr und mehr darin, die zivile Sicherheit zu gewährleisten“ (Schavan 2006: 1). Das zunehmende Interesse an Forschung im Bereich ziviler Sicherheit erklärt der Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, ganz unverblümt: „Ein Wissenstransfer bevorzugt von der Wehrtechnik in die Sicherheitstechnik macht daher keinen Sinn. ‚Dual Use in die andere Richtung‘ ist gefragt“ (Rachel 2006: 4). Hinter der zivilen Sicherheitsforschung steht also ausdrücklich das Interesse, die Forschungsergebnisse hinterher für

Organisation	Mitglied
<b>Ministerien</b>	
Ministry of Interior	Antonio Cameli (IT)
Ministry of Defence	Maria Dali-Ziampaka (GR)
Ministère Délégué à la Recherche	Jean-Louis Gerstenmayer (FR)
Ministry of Scientific Research and Information Technology	Jacek Gierlinski (PL)
Ministry of the Interior and Kingdom Relations	Maud Groenberg (NL)
Ministry of Higher Education, Science and Technology	Janez Možina (SI)
Ministry of Defence	Tamas Rath (HU)
<b>Privatunternehmen</b>	
Novartis International	Helmut Bachmayer (AT)
Telefónica	Manuel Carpio Camara (ES)
TNO	Cees van Duyvendijk (NL)
Finmeccanica	Giancarlo Grasso (IT)
Alcatel ETCA	Rene Hannon (BE)
EADS	Markus Hellenthal (DE)
Diehl VA Systeme	Heinz Hoch (DE)
THALES	John Howe (UK)
Cybernetica	Ülo Jaaksoo (EE)
BAE SYSTEMS	Terry Knibb (UK)
Enterprise Ireland	Jim Lawler (IRL)
Siemens CT	Stephan Lechner (DE)
Ericsson Microwave Systems	Erik Löwenadler (SE)
Fincantieri	Livio Marchesini (IT)
FIMA	Gendrutis Mažylis (LT)
Sagem Défense Sécurité	Jacques Paccard (FR)
INTA	Carmen Rodriguez-Augustin (ES)
FOI	Madelene Sandström (SE)
TEMIS Italia	Alessandro Zanasi (IT)
<b>Forschungsinstitutionen</b>	
Université de Luxembourg	Thomas Engel (LU)
Institute for Security Studies	Nicole Gnesotto (EU)
Statens Serum Institut	John-Erik Stig Hansen (DK)
Aeronautical Research and Test Institute (VZLÚ)	Milan Holl (CZ)
l'Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire	Jérôme Joly (FR)
Research and Development Centre for Mechanical Appliances	Henryk Knapczyk (PL)
Austrian Research Centers	Helmut Krünes (AT)
Slovak Academy of Sciences	Štefan Luby (SK)
Universitat Politècnica de Catalunya	Manel Medina (ES)
Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut EMI	Klaus Thoma (DE)
<b>Polizei</b>	
EUROPOL	Mariano Simancas (NL)
Bundeskriminalamt	Jürgen Stock (DE)
<b>Sonstige</b>	
Polish Border Guard Headquarters	Marek Adamczyk (PL)
National Security Advice Centre	Rebecca Bowden (UK)
Délégation générale pour l'armement (DGA)	Christian Bréant (FR)
NATO Headquarters	Fernando Carvalho Rodrigues (PT)
European Defence Agency	Bertrand de Cordoue (EU)
Malta Maritime Authority	Brian Cranmer (MT)
Royal United Services Institution for Defence and Security Studies (RUSI)	Graham Jordan (UK)
Associação das Indústrias Marítimas	Nuño Goncalo Vieira Matias (PT)
Crisis Management International	Kristiina Rintakoski (FI)
Home Office	Mark Stroud (UK)
Federale Overheidsdienst Defensie	Willy Tack (BE)
Istituto Affari Internazionali	Stefano Silvestri (IT)

**Tabelle 2:** Organisationen und Mitglieder des ESRAB; ESRAB 2006.

die Wehrtechnik zu benutzen - ‚Dual Use in die andere Richtung‘. Das Forschungsprogramm hat damit ganz klar einen *militärischen Zweck*. Der Grund, weshalb heutzutage nicht mehr die wehrtechnische Forschung, sondern die zivile Forschung für die Erschließung neuer Technologien führend sei, wird mit der veränderten Aufgabe der Bundeswehr erklärt: „Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr setzen nicht nur modernste Technologien ein, sie bedienen sich auch neuester sozial- und kulturwissenschaftlicher Erkenntnisse, wenn es etwa darum geht, in Afghanistan eine Zivilgesellschaft aufzubauen“ (Rachel 2006: 4). Die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer interventionsfähigen Kampftruppe führt zu einer *Steigerung der Auslandsaktivitäten der Bundeswehr*; diese Auslandseinsätze sollen sich nicht nur auf das Zerstören anderer Gesellschaften beschränken, sondern auch den Aufbau eines politisch willigen Regimes beinhalten. Hierzu ist Technologie nötig, die sich nicht nur im klassischen Sinne auf Tötungsinstrumente beschränkt.

Annette Schavan verschweigt diese militärische Dimension in ihrer Rede, geht jedoch auf einen anderen wichtigen Faktor der ‚zivilen Sicherheit‘ ein: „Warenströme, Logistikketten, Versorgungsinfrastrukturen und Verkehrssysteme sind verwundbar. Internet und Telekommunikation sind zentrale Lebensnerven unserer Gesellschaft. Die Bedrohungen werden verstärkt durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Instabilität von Staaten, regionale Konflikte, sowie durch eine neue Qualität der Verletzlichkeit der zunehmend vernetzten und globalisierten Gesellschaft“ (Schavan 2006: 2). Zivile Sicherheit betrifft hier primär die Sicherheit der *Zirkulation des Kapitals*; die Instabilität von Staaten und regionale Konflikte werden als verstärkende Faktoren, d.h. als *zusätzliche* Bedrohung einer reibungslosen Zirkulation des Kapitals beschrieben.

Damit ist die strategische Ausrichtung des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit abgesteckt. Die Bundeswehr soll in Form von Auslandseinsätzen Rohstoffquellen und Absatzwege erschließen und sichern. Hierzu benötigt sie Technologie. Durch die zunehmende Aggression der imperialistischen Staaten (Irakkrieg, Afghanistankrieg, Libyenkrieg) entsteht Widerstand in den betreffenden Regionen – so genannte „Terroristen“ erblicken das Licht der Welt. Dieser Widerstand soll unterdrückt und ausgemerzt werden. Gelingen dennoch terroristische Anschläge (wie in New York, Madrid und London geschehen und regelmäßig in den Einsatzgebieten westlicher Armeen der Fall), müssen insbesondere die politischen Folgen einsehbar sein und Technologie zur Gegenwehr bereitstehen. In ihrer Rede anlässlich der Konferenz *Future Security* betont Ministerin Schavan entsprechend die Zusammenarbeit des BMBF mit anderen Bundesministerien, „an erster Stelle das Innen- und Verteidigungsressort“ (Schavan 2006: 3).

## 2.2 Planung und Durchführung

Dem Forschungsprogramm voraus gingen drei Expertenworkshops, die von April bis Juni des Jahres 2006 durchgeführt wurden. Ministerin Schavan weist ausdrücklich darauf hin, dass das Forschungsprogramm auf der Basis der Erkenntnisse dieser Workshops formuliert wurde. „Die meisten Teilnehmer der Workshops waren von den Bundes- und Länderministerien, besonders aus den Bundesministerien für Forschung, des Inneren und der Verteidigung. Außerdem nahmen Teil: Vertreter der Polizeien und der für den Bevölkerungsschutz zuständigen Institutionen; Vertreter aus der Rüstungs- und IT-Industrie, etwa von EADS, Diehl, Siemens oder T-Systems; Betreiber von Infrastrukturen wie die Deutsche Bahn oder Vodafone und von den großen Instituten für angewandte Forschung, wie die Fraunhofer Gesellschaft, das Deutsche Zentrum

Organisation	Mitglied
<i>Bundesämter</i>	
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	Karsten Michael
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Gerhard Schabhüser
Bundeskriminalamt	Jürgen Stock
<i>Forschungsinstitutionen</i>	
Max-Planck-Institut Universität Tübingen	Hans-Jörg Albrecht Regina Ammicht Quinn
Bundesinstitut für Risikobewertung	Bernd Appel
Robert-Koch-Institut	Walter Biederbick
Fraunhofer Gesellschaft (Ernst-Mach-Institut)	Klaus Thoma
<i>Privatunternehmen</i>	
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Diehl BGT Defense GmbH & Co. KG	Rainer Kroth
Bruker Daltonik GmbH	Sebastian Meyer-Plath
Smiths Heimann GmbH	Hermann Ries
SAP AG	Joachim Schaper
Siemens AG	Angelika Staimer
Ampriion GmbH	Joachim Wanzetta
Deutsche Post DHL	Sabine Wiedemann
Fraport AG	Volker Zintel
<i>Sonstige</i>	
Deutsches Institut für Normung e.V.	Ulriche Bohnsack

**Table 3:** Organisationen und Mitglieder des Wissenschaftlichen Programmausschusses Sicherheitsforschung; Quelle: Positionspapier des Wissenschaftlichen Programmausschusses zum nationalen Sicherheitsforschungsprogramm.

Luft- und Raumfahrt und der Verband der Ingenieure.“ (Töpfer 2006: 2).

Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit wurde am 24. Januar 2007 mit einem Budget von 123 Mio. € vom Bundestag verabschiedet. Noch im gleichen Jahr, am 29. Oktober, wurde der *Wissenschaftliche Programmausschuss Sicherheitsforschung* als unabhängiges Expertengremium berufen. Dieses ist für die Überwachung und Planung des Forschungsprogramms verantwortlich. Mitglieder des Programmausschusses sind alte Bekannte und einige neue Gesichter (Table 3).

Jürgen Stock vom Bundeskriminalamt und Klaus Thoma, Leiter des Ernst-Mach-Instituts der Fraunhofer Gesellschaft und inoffizieller „Architekt der deutschen Sicherheitsforschung“ (DIE ZEIT, 04.12.2008), waren bereits Mitglieder des ESRAB (vgl. Table 2). Thoma war ehemals Direktor der Abteilung für Forschung und Entwicklung bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (heute: EADS), bevor er von 1994 bis 1996 eine Professur an der Bundeswehrhochschule in München innehatte. Er hat somit sehr gute Kontakte zur Rüstungsindustrie, zur Bundeswehr und zum Verteidigungsministerium. Optimale Voraussetzungen, um zum wichtigen Koordinator des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit zu werden. Auch die Rüstungskonzerne Diehl und Siemens sind wieder mit von der Partie. Neu hinzu kam das Rüstungsunternehmen Bruker Daltonik GmbH. Nachdem also die Rüstungsunternehmen bereits beim Entwurf des Forschungsprogramms maßgeblich beteiligt waren (als Teilnehmer der drei Expertenworkshops), wurde deren Einfluss durch die Etablierung des Wissenschaftlichen Programmausschusses dauerhaft institutionalisiert.

Institut	Abkürzung
<b>Mitgliedsinstitute</b>	
Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik	IAF
Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie	ICT
Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik	FHR
Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie	FKIE
Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik, Ernst-Mach-Institut	EMI
Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen	INT
Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung	IOSB
<b>Gastinstitute</b>	
Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	IIS
Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik, Heinrich-Hertz-Institut	HHI
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung	ISI

**Table 4:** Mitgliedsinstitute und Gastinstitute des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS. Quelle: <http://www.vvs.fraunhofer.de/mitgliedsinstitutel> (20.02.2012)

## 2.3 Die Rolle der Fraunhofer Gesellschaft

Die Fraunhofer Gesellschaft spielt bei der Planung und Etablierung des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit eine besondere Rolle. Sie ist mit mehr als 18.000 Mitarbeitern die größte Organisation für angewandte Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen in Europa. Von Anfang an war die außeruniversitäre Forschungseinrichtung eng mit dem Verteidigungsministerium verbunden, welches teilweise bis zu fünfzig Prozent des Forschungsbudgets beisteuerte. Auch heute noch spricht die Gesellschaft von einer „intensiven Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung“. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, wurde zwischen 2000 und 2007 der Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS gegründet (Table 4). Finanziert wurde dies mit mehr als 130 Mio. € aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums. Die Gründung des VVS sollte die Kräfte konzentrieren, um die finanziellen Mittel effektiver einzusetzen. Es verwundert kaum, dass die Fraunhofer-Gesellschaft und vor allem die Institute des VVS die großen Gewinner des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit darstellen. Achtzehn verschiedene Fraunhofer-Institute partizipieren am Forschungsprogramm. Davon zählen sieben zum Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS. Allein das Ernst-Mach-Institut ist an vier Projekten beteiligt. In der bundesdeutschen Forschungslandschaft kann die Fraunhofer-Gesellschaft, insbesondere der VVS, als *verlängerter Arm* des BMVg angesehen werden. Die Gelder des BMBF kommen auf diese Weise indirekt auch dem BMVg zugute.

## 2.4 Bewilligte Projekte und Nutznießer

Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit setzt sich aus zwei Programmlinien zusammen: ‚Szenariorientierte Sicherheitsforschung‘ und ‚Technologieverbünde‘. Beide Programmlinien gliedern sich in jeweils vier Themenfelder (Table 5). Daneben

<b>Szenariorientierte Sicherheitsforschung</b>	
Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Schutz und Rettung von Menschen
Schutz vor Ausfall von Versorgungsinfrastrukturen	Sicherung der Warenketten
<b>Technologieverbünde</b>	
Detektion von Gefahrstoffen	Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte
Mustererkennung	Biometrie

**Table 5:** Programmlinien und Themenfelder des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit.

gibt es die drei Schwerpunkte ‚Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung‘, ‚KMU-innovativ‘ und ‚Internationale Kooperationen in der zivilen Sicherheitsforschung‘. Die Forschungsprojekte der beiden Hauptprogrammlinien sollen genauer untersucht werden. Als Quelle dienen hierbei die vom BMBF herausgegebenen Broschüren (BMBF 2008, 2009a, 2009b, 2010, 2011a, 2011b). Betrachtet werden sollen diejenigen bewilligten Forschungsprojekte, die von 2007 bis 2011 angelaufen sind.

Betrachten wir zuerst die Programmlinie ‚Szenariorientierte Sicherheitsforschung‘. Von 2007 bis 2011 sind hier insgesamt fünfundvierzig Forschungsprojekte angelaufen. Zehn Projekte im Themenfeld ‚Schutz von Verkehrsinfrastrukturen‘, siebzehn Projekte im Themenfeld ‚Schutz und Rettung von Menschen‘, sieben Projekte im Themenfeld ‚Schutz von Versorgungsinfrastrukturen‘ und elf Projekte im Themenfeld ‚Sicherung der Warenketten‘. An sieben dieser fünfundvierzig Forschungsprojekte (15,5%) sind direkt Rüstungsunternehmen beteiligt (Table 6).

An neun Projekten (20%) sind Institute aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS beteiligt. An insgesamt dreizehn Projekten (28,8%) ist entweder ein Rüstungsunternehmen und/oder ein Institut aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS vertreten; d.h. *28,8% Prozent der Forschungsprojekte haben in diesem Sinne militärischen Charakter*.

Betrachten wir die zweite Programmlinie ‚Technologieverbünde‘ genauer. Von 2007 bis 2011 wurden hier insgesamt sechsundzwanzig Forschungsprojekte begonnen. Neunzehn Projekte im Themenfeld ‚Detektion von Gefahrstoffen‘ und sieben Projekte im Themenfeld ‚Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte‘. Zu den verbleibenden beiden Themenfeldern werden vom BMBF keine weiteren Angaben gemacht; offenbar sind hier zwar Forschungsprojekte bewilligt, jedoch noch nicht in Angriff genommen worden. An sieben dieser sechsundzwanzig Forschungsprojekte (26,9%) sind direkt Rüstungsunternehmen beteiligt (Table 7).

An fünf Projekten (19,2%) sind Institute aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS beteiligt. Das wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologien (ABC-Schutz) ist an zwei Projekten beteiligt (‚Echtzeitnahe Spurenanalyse von luftübertragenen chemischen Kampf- und Explosivstoffen (EXACT)‘, ‚Semipermeable Anzüge für Einsatzkräfte (SAFE)‘). An zwölf Projekten (46,15%) sind entweder direkt Rüstungsunternehmen und/oder VVS-Institute und/oder wehrwissenschaftliche Institute beteiligt; d.h. *46,15% der Forschungsprojekte haben in diesem Sinne militärischen Charakter*.



Unternehmen	Themenfeld	Projekt
Diehl Defence Holding GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Sicherheitsprozesse beim Zugang zu empfindlichen Bereichen auf Verkehrsflughäfen (critical Parts)
IABG GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Flughafen-Sicherungssystem (FluSs)
ATLAS ELEKTRONIK GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschiffahrt (VESPER)
IABG GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Handlungstraining zu Sicherheitsmaßnahmen in öffentlichen Verkehrsunternehmen (V-SICMA)
IABG GmbH	Schutz und Rettung von Menschen	Integration vorhandener Informationssysteme für ein gemeinsames Krisenmanagement (LAGE)
EADS Deutschland GmbH	Sicherung der Warenketten	Containersicherheit durch vernetzte IT-Systeme (ContainIT)
Bruker Optik GmbH	Schutz von Versorgungsinfrastrukturen	Infrarot-Laser basierendes faseroptisches Sensorsystem zur Trinkwasserüberwachung (IRLSENS)

**Table 6:** An der Programmlinie ‚Szenariorientierte Sicherheitsforschung‘ beteiligte Rüstungsunternehmen. Als Rüstungsunternehmen werden die Mitglieder des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. gezählt, sowie die Mitglieder der Gruppe wehrtechnische Messen.

Unternehmen	Themenfeld	Projekt
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Faseroptische Mikrosensoren zur Detektion von Explosivstoffen unter Echtzeit-Bedingungen (ChipSenSiTec)
Bruker Optik GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	Hyperspektralsensoren zur schnellen automatischen Ferndetektion von Gefahrstoffen (HYGAS)
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Infrarot-Laser gestützte abbildende Detektion von Explosivstoffen (IRLDEX)
Hübner GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	THz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitstechnik (TEKZAS)
Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Hochauflösende TH-Tomographie für Sicherheitsanwendungen (TeraTom)
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Passive THz-Videokamera für Sicherheitsanwendungen (THz-Videocam)
Bruker Daltonik GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	Vollautomatische Detektion biologischer Gefahrstoffe mit integrierter Probenreinigung für den Vor-Ort Einsatz (BioPROB)

**Table 7:** An der Programmlinie ‚Technologieverbünde‘ beteiligte Rüstungsunternehmen. Als Rüstungsunternehmen werden die Mitglieder des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. gezählt, sowie die Mitglieder der Gruppe wehrtechnische Messen.

### 3 Universitäten im Bann der Wehrforschung

Unter dem Regime des akademischen Kapitalismus sind Universitäten verstärktem Wettbewerb ausgesetzt (Slaughter/Leslie 1997; Münch 2011). Sinkende staatliche Grundfinanzierung führt zum Kampf um Drittmittel und zur Erschließung neuer Einnahmequellen. Für das auf Wettbewerb getrimmte Unternehmen Universität heißt es: Friss oder stirb! Forschungsprogramme wie das für die zivile Sicherheit erfüllen unter diesem Regime den Zweck, staatliche Gelder gezielt und zweckgebunden zu verteilen. Auf diese Weise können politisch gewollte Forschungslinien verstärkt und politisch ungewollte reduziert werden. Oder: Weniger Geld wird zur Erfüllung bestimmter Zwecke effektiver eingesetzt. Der politisch gewollte Zweck des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit ist weiter oben bereits aufgezeigt worden: Es geht um die veränderte Rolle der Bundeswehr in der Welt und um die Sicherung der Zirkulation des nationalen Kapitals. Dass Universitäten unter dem Regime des akademischen Kapitalismus in militärisch relevante Forschung hineingetrieben werden, ist eine geradezu notwendige Folge. Inwiefern dies im Rahmen des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit der Fall ist, soll nun geprüft werden.

Militärischen Charakter hat ein Forschungsprojekt dann, wenn ein Rüstungskonzern, ein VVS-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft oder ein wehrwissenschaftliches Institut daran beteiligt ist.

Mit dieser operationalen Definition soll der Grad der Militarisierung von Universitäten im Zuge des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit ausgemacht werden. Es ist klar, dass in jedem Einzelfall geprüft werden muss, was tatsächlich geforscht wird. Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Kooperationen von Universitäten mit Rüstungsunternehmen oder VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft im Rahmen der Programmlinie ‚Szenariorientierte Sicherheitsforschung‘. Vor allen die Kooperationen der TU Berlin mit dem Rüstungskonzern Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG und dem Heinrich-Hertz-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft und die Kooperation der Universität Bremen mit dem Ernst-Mach-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft müssen kritisch beobachtet werden, da beide Universitäten über eine Zivilklausel verfügen, welche Militärforschung untersagt. Insgesamt sind dreizehn Universitäten im Rahmen des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit Kooperationen mit einem Rüstungsunternehmen oder einem VVS-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft eingegangen. Fünfmal findet eine Kooperation mit einem Rüstungskonzern statt.

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Kooperationen von Universitäten mit Rüstungsunternehmen, VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und wehrwissenschaftlichen Instituten im Rahmen der Programmlinie ‚Technologieverbünde‘.

Die Universität Karlsruhe und die Universität Hamburg-Harburg sind Wiederholungstäter. Sie kooperieren in beiden Programmlinien mit militärischen Akteuren. Gerade in Karlsruhe ist dies,

Universität	Institut/Lehrstuhl	Projekt	Partner	Zivilklausel
Albert-Ludwigs-Universität-Freiburg	Institut für Mikrosystemtechnik (Lehrstuhl EMP) Institut für Mikrosystemtechnik (Lehrstuhl Konstruktion) Institut für Psychologie Institut für öffentliches Recht	Informationsgewinnung und Schutz kritischer Infrastrukturen im Katastrophenfall (AISIS)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Universität Karlsruhe (TH)	Institut für Bodenmechanik und Felsmechanik Institut für Massivbau und Baustofftechnologie	Informationsgewinnung und Schutz kritischer Infrastrukturen im Katastrophenfall (AISIS)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
TU Berlin	Forschungsstelle Sicherheit am Institut für Luft- und Raumfahrt	Sicherheitsprozesse beim Zugang zu empfindlichen Bereichen auf Verkehrsflughäfen (Critical Parts)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	vorhanden
Ruhr-Universität Bochum	Lehrstuhl für Tunnelbau, Leitungsbau und Baubetrieb	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Universität Stuttgart	Institut für Leichtbau, Entwerfen und Konstruieren	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Julius-Maximilians-Universität Würzburg	Lehrstuhl für Psychologie I	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
TU Berlin	Fachgebiet Nachrichtenübertragung	Sicherheit in offenen Verkehrssystemen Eisenbahn-Management (SinoVE Management)	Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik (Heinrich-Hertz-Institut)	vorhanden
TU München	Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Finanzmanagement	Verbesserung der Sicherheit von Verkehrsinfrastrukturen (SiVe)	EADS Deutschland GmbH	-
TU Braunschweig	Gauß-IT-Zentrum	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschiffahrt (VESPER)	ATLAS ELEKTRONIK GmbH	-
Hochschule Wismar	Fachbereich Seefahrt	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschiffahrt (VESPER)	ATLAS ELEKTRONIK GmbH	-
TU Kaiserslautern	Fachbereich Mathematik Fachbereich Architektur	Regionale Evakuierung: Planung, Kontrolle und Anpassung (REPKA)	Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	-
TU München	Lehrstuhl Computation in Engineering	Regionale Evakuierung: Planung, Kontrolle und Anpassung (REPKA)	Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	-
TU Hamburg-Harburg	Institut für Sicherheit in Verteilten Anwendungen	Containersicherheit durch vernetzte IT-Systeme (ContainIT)	EADS Deutschland GmbH	-
Universität Bremen	Fachbereich Rechtswissenschaft	Erhöhung der Containersicherheit durch berührungslose Inspektion im Hafen-Terminal (ECSIT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	vorhanden
Hochschule Bremerhaven	Institute for Safety and Security Studies	Erhöhung der Containersicherheit durch berührungslose Inspektion im Hafen-Terminal (ECSIT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik (Ernst-Mach-Institut)	-

**Tabelle 8:** Universitäten in Kooperation mit der Rüstungsindustrie, bzw. VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft in der Programmlinie ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung‘

Universität	Institut/Lehrstuhl	Projekt	Partner	Zivilklausel
TU Clausthal	LaserAnwendungs-Centrum	Faseroptische Mikrosensoren zur Detektion von Explosivstoffen unter Echtzeit-Bedingungen (ChipSenSiTec)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	-
Universität Bonn	IfL-Abteilung Sensorik	Echtzeitnahe Spurenanalyse von luftübertragenen chemischen Kampf- und Explosivstoffen (EXAKT)	Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien (ABC-Schutz) Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie	-
TU Braunschweig	Institut für Hochfrequenztechnik	Handheld-THz-Spektrometer zur Detektion von Explosiven Flüssiggefahrstoffen (HANDHELD)	Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik (Heinrich-Hertz-Institut)	-
TU Hamburg-Harburg	-	Hyperspektralsensor zur schnellen automatischen Ferndetektion von Gefahrstoffen (HYGAS)	Bruker Optik GmbH	-
Universität Frankfurt/Main	-	THz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitstechnik (TEKZAS)	Hübner GmbH	-
Uni. Erlangen-Nürnberg	Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik	Hochauflösende THz-Tomographie für Sicherheitsanwendungen (TeraTom)	Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG	-
Universität Karlsruhe (TH)	Institut für Mikro- und Nanoelektronische Systeme	Passive THz-Videokamera für Sicherheitsanwendungen (THz-Videocam)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	-

**Tabelle 9:** Universitäten in Kooperation mit der Rüstungsindustrie, VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und wehrwissenschaftlichen Instituten in der Programmlinie ‚Technologieverbünde‘

nach dem Zusammenschluss der TH mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruhe Institut für Technologie (KIT), besonders problematisch. Das Kernforschungszentrum hat seit langem eine Zivilklausel, während die Universität traditionell Rüstungsforschung betreibt (vgl. Schulze 2009a, 2009b). Der Kampf um eine Zivilklausel für das KIT ist noch nicht entschieden (Schulze 2010, 2011a, 2011b, 2011c; Nowak 2011).

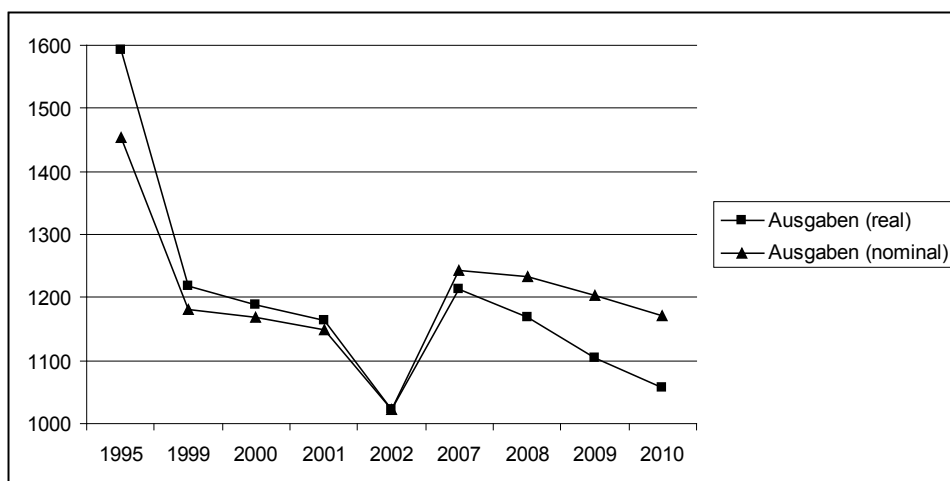
### 4 Schluss

Die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms 'Forschung für die zivile Sicherheit' bis 2017, die am 25.01.2012 von der Bundesregierung beschlossen wurde, war Anlass, die erste Phase des Programms noch einmal Revue passieren zu lassen. Bei näherer Betrachtung entpuppte sich das als 'zivil' etikettierte Programm als verkappte Militärforschung. Von Rüstungskonzernen auf europäischer und nationaler Ebene designt, verfolgt das Programm

letztlich das Ziel, der im Vertrag von Lissabon festgehaltenen Verpflichtung nachzukommen, die „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, S. 34) und die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Rüstungsindustrie zu verbessern. Gerade für Universitäten hat dies weitreichende Konsequenzen. Aufgrund knapper werdender finanzieller Grundmittel werden diese geradezu dazu gezwungen, mit Rüstungskonzernen und wehrforschenden Institutionen zu kooperieren. Da das Programm explizit als ‚zivil‘ geführt wird, kooperieren selbst Universitäten mit einer Zivilklausel (z.B. Universität Bremen, TU Berlin).

Die Militarisierung des Zivilen hat zwei Dimensionen. Zum einen wird das ‚zivile‘ BMBF in militärische Machenschaften verstrickt und finanziert Forschung, die eigentlich ins Ressort des BMVg fällt; zum anderen werden Universitäten, selbst diejenigen mit Zivilklausel, zur Kooperation mit der Rüstungsindustrie verführt.

## Anhang: Ausgaben des Bundes im Förderbereich Wehrforschung- und technik



Jahr	Ausgaben real in Mio €	Ausgaben nominal in Mio €
1995	1591,37	1452,60
1999	1217,62	1180,00
2000	1188,40	1168,20
2001	1163,36	1148,70
2002	1023,41	1022,80
2007	1214,42	1243,20
2008	1168,78	1233,30
2009	1104,38	1204,00
2010	1057,47	1172,20

Tabelle: Ausgaben des Bundes im Förderbereich Wehrforschung- und technik in Mio €. In den Preisen von 2005. Quelle: Bundesbericht Forschung

**IMI-STUDIE**  
Nr. 02/2012 - 13.2.2012 - ISSN- 1611-2571

**Die Militarisierung von Forschung und Lehre – ein kritischer Stadtrundgang durchs Tübinger Uni-Viertel**

Am 28. und 29.10.2011 fand in Tübingen ein kleiner Kongress statt, der ursprünglich als hoch-wissenschaftliches Vernetzungsgeschehen geplant war. In der Ankündigung zur Veranstaltung heißt es: „In militärischer Universität sind „Gefahren“ im Begriff zu entstehen, die die Erfüllung von zivilen Aufgaben gefährden und zerstören, in der Behauptung, in deren Folge eine Zivilklauselbewegung die Behauptung in deren Folge eine Zivilklauselbewegung die Behauptung in deren Folge eine Zivilklauselbewegung...“

**Weitere Studie zum Thema:**  
**IMI-Studie 2/2012**  
**Die Militarisierung von Forschung und Lehre**  
**- ein kritischer Stadtrundgang durch**  
**Tübinger Uni-Viertel**

[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



## Literatur

BMBF (2012): Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017. Rahmenprogramm der Bundesregierung. URL: [http://www.bmbf.de/pub/rahmenprogramm\\_sicherheitsforschung\\_2012.pdf](http://www.bmbf.de/pub/rahmenprogramm_sicherheitsforschung_2012.pdf)

BMBF (2011a): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz von Versorgungsinfrastrukturen. URL: [http://www.bmbf.de/pub/schutz\\_von\\_versorgungsinfrastrukturen.pdf](http://www.bmbf.de/pub/schutz_von_versorgungsinfrastrukturen.pdf)

BMBF (2011b): Forschung für die zivile Sicherheit. Sicherung der Warenketten. URL: [http://www.bmbf.de/pub/sicherung\\_der\\_warenketten.pdf](http://www.bmbf.de/pub/sicherung_der_warenketten.pdf)

BMBF (2010): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz und Rettung von Menschen. URL: [http://www.bmbf.de/pub/schutz\\_rettung\\_von\\_menschen.pdf](http://www.bmbf.de/pub/schutz_rettung_von_menschen.pdf)

BMBF (2009a): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz von Verkehrsinfrastrukturen. URL: [http://www.bmbf.de/pub/BMBF\\_Verkehrssicherheit.pdf](http://www.bmbf.de/pub/BMBF_Verkehrssicherheit.pdf)

BMBF (2009b): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutzsysteme für Sicherheits- und Rettungskräfte. URL: [http://www.bmbf.de/pub/schutzsysteme\\_sicherheitskraefte\\_rettungskraefte.pdf](http://www.bmbf.de/pub/schutzsysteme_sicherheitskraefte_rettungskraefte.pdf)

BMBF (2008): Forschung für die zivile Sicherheit. Detektion von Gefahrstoffen. URL: [http://www.bmbf.de/pub/Zivile\\_Sicherheit\\_Gefahrstoffe.pdf](http://www.bmbf.de/pub/Zivile_Sicherheit_Gefahrstoffe.pdf)

ESRAB (2006): Meeting the Challenge. The European Security Research Agenda. URL: [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/security/files/esrab\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/security/files/esrab_report_en.pdf)

Hayes, Ben (2006): Arming Big Brother. The EU's Security Research Programme. In: TNI Briefing Series 2006/1. URL: <http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf>

Marischka, Christoph (2008): Der Albtraum Sicherheit. Europäische Sicherheitsforschung als Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie. In: Ausdruck – IMI-Magazin 8/2008. URL: <http://www.imi-online.de/download/AusdruckAugust2008.pdf>

Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Suhrkamp. Berlin.

Nowak, Peter (2011): Grün-roter Tabubruch. Baden-Württemberg: Streit zwischen Landesregierung und Friedensbewegung um Verbot militärischer Forschung. In: Neues Deutschland vom 16.12.2011. URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/213477.gruen-roter-tabubruch.html>

Pflüger, Tobias (2008): Zwei Seiten einer Medaille. Die Lissabon-Strategie und die Militarisierung der Europäischen Union. In: IMI-Standpunkt 2008/044 vom 21. Juli 2008. URL: <http://www.imi-online.de/2008/07/21/zwei-seiten-einer-me/>

Rachel, Thomas (2006): Sicherheit – eine Frage der Technologie? Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung auf dem Forum Neue Technologien des „Security-Kongress“ auf der „Security-Messe“ in Essen am 10. Oktober 2006. URL: [http://www.bmbf.de/pub/pstr\\_20061010.pdf](http://www.bmbf.de/pub/pstr_20061010.pdf) (20.02.2012).

Schavan, Annette (2006): Sicherheitsforschung – Herausforderungen und Notwendigkeit zum Schutz der Gesellschaft. Rede anlässlich der Konferenz „Future Security“ am 04. Juli 2006 in Karlsruhe, Kongresszentrum. URL: [http://www.bmbf.de/pubRD/mr\\_20060704.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/mr_20060704.pdf)

Schulze, Dietrich (2009a): Stillschweigende Militärforschungstradition. Uni Karlsruhe seit Jahrzehnten in Wehrforschung verstrickt. In: Unsere Zeit – Zeitung der DKP vom 20. Februar 2009. URL: <http://www.dkp-online.de/uz/4108/s0701.htm>

Schulze, Dietrich (2009b): Hochschulen und Militärforschung. Friedenswerkstätten oder zivilmilitärische Forschungskomplexe. In: Wissenschaft & Frieden 2009-3. URL: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553>

Schulze, Dietrich (2010): Neues vom Karlsruhe Institut of Technology (KIT). Die Innenarchitektur des militärisch-industriellen Großforschungskomplexes Universität Karlsruhe. In: Unsere Zeit – Zeitung der DKP vom 8. Januar 2010. URL: <http://www.dkp-online.de/uz/4201/s0301.htm>

Schulze, Dietrich (2011a): Winfried, der Wahlbetrüger. Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe. In: Neue Rheinische Zeitung, Online-Flyer Nr. 329 vom 25. November 2011. URL: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17214>

Schulze, Dietrich (2011b): Landesregierung Baden-Württemberg gegen Zivilklausel für KIT - Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage. In: International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) vom 9. Dezember 2011. URL: <http://www.inesglobal.com/KIT-Dezember-2011.phtml>

Schulze, Dietrich (2011c): Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot: Zivilklausel für KIT und Hochschulen Baden-Württembergs. In: AG Friedensforschung des Friedenspolitischen Ratschlags Kassel vom 28. Dezember 2011 URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/schulze.html>

Slaughter, Sheila und Leslie, Larry L. (1997): Academic Capitalism. Politics, Policies and the entrepreneurial University. John Hopkins University Press. Baltimore.

Töpfer, Eric (2006): The German Security Research Programme. Transferring military technology – securitising civil research. URL: <http://www.statewatch.org/analyses/no-124-german-security-research-programme.pdf>

Über den Autor: Jens Kany promoviert an der Universität Heidelberg zum Thema Hochschulpolitik

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.